

05.03.2024

Wirtschaft lebt von Freiheit, Demokratie und Partnerschaft

„Nationalismus und Abschottung treffen das Herz des deutschen Geschäftsmodells, solche Forderungen sind wirtschaftspolitischer Unsinn.“

Das sagte kürzlich der Präsident des Ifo-Instituts, Prof. Clemens Fuest, der Süddeutschen Zeitung. Recht hat er, denn was wir nicht brauchen, ist eine Politik, die die europäische Integration, die Zusammenarbeit mehrerer Staaten oder rechtsstaatliche Prinzipien in Frage stellt. Zudem müssen wir aufpassen, dass unser Standort für ausländische Investoren und Fachkräfte nicht noch weiter an Attraktivität verliert.

Umso wichtiger ist es, dass die derzeit politisch Verantwortlichen auf strukturelle und akute Herausforderungen sachgerechte Antworten finden. Das ist bei der Energiepolitik, der Migration, einer überbordenden Regulatorik und einem dysfunktionalen Arbeitsmarkt nicht der Fall. Es ist genau dieses Handeln in Berlin und Brüssel, das derzeit zu viel berechtigtem Verdruss bei unseren Unternehmerinnen und Unternehmern führt.

Es kommt jetzt also auf die richtige Wirtschaftspolitik an: Was wir brauchen, ist ökonomische Stabilität und Prosperität, denn nur das bildet die Grundlage für unseren sozialen Zusammenhalt und unser Gemeinwesen. Solch eine Politik ist geeignet, die Mitte zu stärken. Wir sollten nicht vergessen, dass unsere demokratische und rechtsstaatliche Verfasstheit sowie die europäische Integration die Basis dafür bilden, auf der unternehmerisches Handeln überhaupt erst gedeihen kann.

Thomas Stiren, Präsident der Industrie- und Handelskammer Trier